

Die Palästinenser verschwinden lassen

Die Trump-Regierung versucht, den Völkermord zu ignorieren.

4. September 2025 | Philip Giraldi

Donald Trump, der seit kurzem eine rote Baseballkappe mit der bescheidenen Aufschrift „Trump hatte in allem Recht“ trägt, steht offenbar in regelmäßigem Kontakt mit Israels völkermordfreudigem Premierminister Benjamin Netanjahu. Laut Netanjahu hat Trump bei ihrem letzten Telefongespräch seine [volle Unterstützung](#) für die Errichtung der Kontrolle über den gesamten Gazastreifen und das Westjordanland durch die israelische Armee zum Ausdruck gebracht. Trump stellte fest, dass Israel den „PR“-Krieg (Public Relations) um das Blutvergießen verloren habe und „mit voller Kraft“ voranschreiten müsse, um „die Arbeit“ so schnell wie möglich zu „beenden“.

Es gibt auch Berichte über einen Plan, der möglicherweise während eines Treffens im Weißen Haus unter Beteiligung von Trump, dem ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair und Trumps Schwiegersohn Jared Kushner ins Leben gerufen wurde. Dieser Plan würde den Palästinensern, die bereit sind, sich ethnisch säubern zu lassen, ein „[Umsiedlungspaket](#)“ in Höhe von 5000 Dollar pro Nase und einige andere Vergünstigungen bieten, damit sie endlich verschwinden. Wohin genau sie gehen würden, ist nicht ganz klar, aber es würde die schlechte Publicity beseitigen, wenn die israelische Armee sie alle töten müsste. Gaza würde dann frei werden, um unter US-Treuhänderschaft auf den Ruinen und Zehntausenden von unbegrabenen Leichen die lang ersehnte Trump-Gaza-Riviera zu entwickeln.

Die *Washington Post* berichtete über den Prospekt für den Plan, der eine „vorübergehende Umsiedlung“ der Bevölkerung Gazas vorsieht, damit „KI-gestützte Smart Cities“ und ein nach dem Trump-Spender Elon Musk benanntes Produktionszentrum errichtet werden können. „Gaza kann sich zu einem mediterranen Zentrum für Produktion, Handel, Daten und Tourismus entwickeln und dabei von seiner strategischen Lage, dem Zugang zu Märkten, Ressourcen und jungen Arbeitskräften profitieren, die alle durch israelische Technologie und Investitionen des Golf-Kooperationsrats unterstützt werden“, heißt es in dem Dokument. Und: „Der Wiederaufbau wird auch den Wert des Gazastreifens um etwa 324 Milliarden Dollar steigern und die Lebensqualität erheblich verbessern“.

Während das Massaker an überwiegend Frauen und Kindern in Gaza weitergeht, haben sich die amerikanische Öffentlichkeit sowie die Wähler in vielen europäischen Ländern scharf gegen Israel gewandt, was vermutlich eine Manifestation von Trumps „PR-Problem“ für den jüdischen Staat ist. Aber Israel schlägt mit seinen eigenen Waffen zurück, nämlich mit den Mitteln, mit denen es die Regierung und die Medien in den USA und in ganz Europa korrumpiert hat. Es gibt zahlreiche jüdische Organisationen sowie christlich-zionistische Kirchen, die durch großzügige Spenden

jüdischer Milliardäre finanziert werden und dafür sorgen, dass Politiker und Journalisten wissen, woher ihr Brot kommt.

Es wird jedoch allgemein anerkannt, dass die mächtigste Komponente der Israel-Lobby das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) ist. AIPAC erklärt offen, dass sein Hauptziel darin besteht, die Beziehungen zwischen Israel und den USA zu stärken. In der Praxis bedeutet dies, dass die Interessen der USA denen des jüdischen Staates untergeordnet werden, aber kein Politiker oder Journalist, der Karriere machen will, wird sich gegen AIPAC stellen und damit sowohl die großzügige Unterstützung als auch die politische Rückendeckung verlieren.

AIPAC [gibt an](#), fünf Millionen Mitglieder, 17 Regionalbüros und „einen riesigen Pool an Spendern“ zu haben. Im Jahr 2022 hatte es 376 Mitarbeiter, ein Stiftungsvermögen von mehr als 10 Millionen Dollar und Einnahmen von mehr als 79 Millionen Dollar. AIPAC behauptet, überparteilich zu sein – auf seiner jährlichen Politikkonferenz 2016 waren die Kandidaten beider großer Parteien vertreten: die Demokratin Hillary Clinton und der Republikaner Donald Trump.

Eine der wertvollsten Initiativen von AIPAC ist die Organisation von vollständig bezahlten Reisen für Kongressabgeordnete und andere prominente Einflussnehmer nach Israel, wo sie mit Speisen und Getränken bewirtet und mit einer ganzen Reihe von Lügen gefüttert werden, mit denen die Israelis ihre schreckliche Agenda rechtfertigen. Diese Reisen verstoßen eindeutig gegen die Bestimmungen des Foreign Agents Registration Act von 1938 (FARA), wonach Organisationen, die im Auftrag ausländischer Regierungen tätig sind, sich registrieren lassen und vollständige Informationen über ihre Finanzierung und ihre Treffen mit ausländischen Regierungsvertretern offenlegen müssen. Da John F. Kennedy der letzte Präsident war, der tatsächlich versucht hat, eine Israel-Lobby-Organisation registrieren zu lassen, erklärt sein Schicksal vielleicht, warum seitdem keiner der Präsidenten mehr versucht hat, dasselbe zu tun.

Der neueste Trick von AIPAC bestand darin, 22 republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses während der Kongresspause im August nach Israel zu schicken, wo sie von Benjamin Netanjahu persönlich während eines sogenannten „[einwöchigen Bildungsseminars](#)“ empfangen wurden. Netanjahus Büro erklärte in einer Stellungnahme:

Der Premierminister informierte die Kongressabgeordneten über den Krieg im Gazastreifen und äußerte sich zur Frage der humanitären Hilfe und der verlogenen Kampagne, die die Hamas gegen den Staat Israel führt.

Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, ein christlicher Zionist, der keine Ahnung hat, leitete eine separate Delegation von fünf führenden Republikanern. Er wurde zu einem privaten Abendessen mit Premierminister Netanjahu eingeladen.

Unterdessen wartete eine Gruppe von 23 Kongressabgeordneten der Demokratischen Partei in den Startlöchern, die nach der Abreise der Republikaner ebenfalls mit finanzieller Unterstützung der AIPAC nach Israel reisten. Die Delegation der Demokraten wurde vom Vorsitzenden des Demokratischen Fraktionsvorstands im Repräsentantenhaus, Pete Aguilar aus Kalifornien, und dem Abgeordneten Steny Hoyer aus Maryland angeführt. Steny Hoyer hat bereits 20 Kongressreisen nach Israel geleitet.

Der Journalist Glenn Greenwald hat beobachtet, dass Mitglieder des US-Kongresses mit großem Abstand häufiger nach Israel reisen als in jedes andere Land. Tatsächlich unternehmen sie „mehr Reisen nach Israel als in die gesamte westliche Hemisphäre und den afrikanischen Kontinent zusammen“. Diese Tatsache und die weiteren Schmeicheleien, mit denen die Israel-Lobby „Meinungsmacher“ umwirbt, führen dazu, dass der Kongress und die Medien in einem Maße pro-israelisch und anti-palästinensisch eingestellt sind, das von der amerikanischen Öffentlichkeit nicht geteilt wird.

In Israel gibt es dieses Problem nicht. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab, dass die Mehrheit der jüdischen israelischen Bevölkerung der Meinung ist, dass Palästinenser kaum mehr als Tiere sind und „[getötet werden sollten](#)“.

Die Nichtanerkennung der Existenz der Palästinenser ist in der Tat ein Markenzeichen der Außenpolitik der Trump-Regierung. Der jüngste Schritt, die Palästinenser in eine separate Kategorie einzustufen, wenn es um ihre Existenzberechtigung geht, kam vom US-Außenministerium, das die Erteilung von Visa für die palästinensische Delegation [blockiert hat](#), die an der Eröffnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende dieses Monats in New York teilnehmen sollte.

Das Außenministerium erklärte, dies geschehe, um die Palästinensische Autonomiebehörde und die PLO „für die Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen und die Untergrabung der Aussichten auf Frieden zur Rechenschaft zu ziehen“, und es gab auch unbegründete Behauptungen, dass einige Mitglieder der Delegation terroristische Verbindungen zur Hamas haben könnten.

Einige Tage später folgte die Entscheidung des Außenministeriums, die Erteilung von Visa für alle Inhaber eines Passes der Palästinensischen Autonomiebehörde zu blockieren, selbst für Palästinenser, die Familie in den USA haben. Die neuen Maßnahmen betreffen Visa für medizinische Behandlungen, Universitätsstudien, Besuche bei Freunden oder Verwandten und Geschäftsreisen.

Die Visumsentscheidungen kommen zu der schrecklichen Geschichte über das Schicksal einer Reihe von [Kindern aus Gaza](#) hinzu, die von den Israelis schwer verletzt oder verwundet wurden und das Glück hatten, in die Hände einer in den USA ansässigen Wohltätigkeitsorganisation namens HEAL PALESTINE zu fallen, die sie aus dem Gazastreifen herausholen konnte, um sie in den USA und anderswo medizinisch zu versorgen. Die Kinder benötigten größere Operationen und andere komplizierte Behandlungen und wurden in den meisten Fällen von mindestens einem Elternteil begleitet, da sie nicht in der Lage waren, sich selbstständig zu versorgen.

Die Blockade der Kinder erfolgte kurz nachdem eine rechtsgerichtete amerikanische zionistische Extremistin, Laura Loomer, Palästinenser aus Gaza, die zur Behandlung in die USA gebracht wurden, als „Dschihadisten“ und „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ [bezeichnet hatte](#). Nachdem die zionistische Anhängerschaft in Amerika von der Ankunft der etwa sechzig Kinder in den USA erfahren hatte und sich daran machte, aktiv zu werden, blockierte das US-Außenministerium zwangsläufig die Ausstellung weiterer Visa und führt nun eine „umfassende und gründliche Untersuchung“ darüber durch, wie die Reise überhaupt genehmigt und organisiert werden konnte.

Die Maßnahmen gegen palästinensische Reisende wurden offenbar auf Wunsch von Netanjahu gegenüber Außenminister Marco Rubio ergriffen, um die Sichtbarkeit palästinensischer Persönlichkeiten zu verringern, die wahrscheinlich öffentlich gegen das Vorgehen Israels im Gazastreifen und im Westjordanland protestieren würden. Die Visums- und Reisebeschränkungen folgen auch auf

Erklärungen einer Reihe von Verbündeten der USA, darunter Frankreich, Großbritannien und Kanada, dass sie in den kommenden Wochen die Anerkennung eines palästinensischen Staates bei den Vereinten Nationen planen. Einige Vertreter der Trump-Regierung, darunter auch der Präsident selbst, haben sich entschieden gegen diese Bemühungen um internationale Anerkennung ausgesprochen, die Israel verurteilt hat.

Palästinensische Beamte haben die Maßnahme der USA unweigerlich als bewussten Versuch verurteilt, sie zum Schweigen zu bringen, während Gaza mit Massenvertreibungen, Hunger und dem konfrontiert ist, was die UNO und internationale Gerichte als Völkermord bezeichnet haben. Die Maßnahme der USA hat scharfe Kritik von Rechtsexperten und internationalen Diplomaten hervorgerufen, die sagen, dass sie gegen das UN-Hauptquartierabkommen von 1947 verstößt, das die USA in ihrer Rolle als Gastland verpflichtet, allen akkreditierten Delegationen den Zugang zu erleichtern.

UN-Generalversammlung in Genf

Dies hat zu [Gegenreaktionen](#) seitens der Vereinten Nationen selbst geführt, die Berichten zufolge beschlossen haben, die Eröffnungssitzung der Generalversammlung in Genf statt in New York abzuhalten. Tatsächlich war die UNO 1988 aus ähnlichen Gründen nach Genf umgezogen, weil die USA dem damaligen PLO-Chef Yasser Arafat das Visum verweigert hatten. Auch der aktuelle Umzug soll die uneingeschränkte Teilnahme der Palästinenser gewährleisten, insbesondere an einer für den 22. September geplanten Sitzung, die den Rechten der Palästinenser gewidmet sein wird. Präsident Mahmoud Abbas wird voraussichtlich vor der Versammlung in Genf sprechen und dort um internationalen Schutz, die Anerkennung der palästinensischen Souveränität und die Rechenschaftspflicht für israelische Kriegsverbrechen bitten.

Es wird auch erwartet, dass die Genfer Sitzung die Forderungen nach Maßnahmen im Rahmen der Resolution „Uniting for Peace“ verstärken wird, die die Generalversammlung ermächtigt, Schritte zu empfehlen, wenn der Sicherheitsrat aufgrund politischer Blockaden durch die Ausübung von Vetorechten oder mangelnden Konsens nicht handlungsfähig ist.

Interessengruppen drängen die UNO, den Einsatz einer internationalen Schutzmacht in Gaza in Betracht zu ziehen und die Privilegien Israels innerhalb des UN-Systems auszusetzen, bis der uneingeschränkte Zugang für humanitäre Hilfe wiederhergestellt ist.

Es könnte auch sinnvoll sein, die Privilegien der USA auszusetzen, insbesondere ihr ständiges Vetorecht im Sicherheitsrat, aber leider ist das vielleicht zu viel verlangt!